



Unterbezirk
Ruhr-Mitte

10.05.2010

AWO Sozialbericht „Was hält die Gesellschaft zusammen?“

AWO analysiert riskante Entwicklungen bei Kinderarmut und Integration, Bildungsversagen und Prekariat, Minilöhnen und Pflegekollaps

Sozialbericht mit Selbstkritik „Zur Zukunft der sozialen Arbeit in Deutschland“

Seit 90 Jahren engagiert sich die AWO für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und bietet benachteiligten Bürgern „Hilfe zur Selbsthilfe“ an. Pünktlich zum 90. Jubiläum hat der AWO Bundesverband nun auf einer Bundespressekonferenz den neuesten seiner vielbeachteten Sozialberichte vorgestellt. Das Thema: „Was hält die Gesellschaft zusammen? – Zur Zukunft der sozialen Arbeit in Deutschland“.

„Wir reden alle immer vom deutschen Sozialstaat, von Chancengerechtigkeit und einer solidarischen Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt und zurücklässt – aber werden wir diesem Anspruch auch gerecht?“, fragte der AWO-Bundesvorsitzende Rainer Brückers auf der Bundespressekonferenz am Donnerstag in Berlin. **„Der AWO Sozialbericht zeigt: Sowohl Politik und Gesetzgebung als auch die Praxis der sozialen Arbeit hinken diesem Anspruch zu oft hinterher.“**

„Gerade angesichts der Wirtschaftskrise und ihrer sozialpolitischen Folgen ist die Leitfrage des Sozialberichts aktueller und drängender denn je“, betont AWO-Chef Brückers. „Es istentscheidend für den Zusammenhalt, oder eben die weitere Spaltung unserer Gesellschaft, wiewir nicht nur die Auswirkungen der aktuellen Krise sondern auch die absehbaren Folgen derdemografischen Entwicklung bewältigen.“

Jetzt schon fühlen sich erhebliche Teile der Bevölkerung abgehängt und ausgegrenzt.

Abstiegsängste machen sich bis weit in den Mittelstand breit. Die ungleiche Verteilung von Kosten und Lasten, von Chancen und Perspektiven bedroht den sozialen Frieden und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Gerechtigkeitsfrage stellt sich immer lauter.

Der Sozialbericht untersucht Hintergründe und Entwicklungen in den fünf Bereichen Bildung und Erziehung, Arbeitsmarkt, Migration, Behindertenhilfe und Psychiatrie sowie in der Altenhilfe. Die Bestandsaufnahme warnt vor alarmierenden Zusammenhängen: **„Lohnarmut führt zu Kinderarmut und mündet in Altersarmut“.**

Der AWO Sozialbericht formuliert Forderungen an Politik und Gesellschaft, um eine weitere Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich, in „Dritten und Draußen“, zu verhindern. Und erstmals packt sich ein Wohlfahrtsverband auch an die eigene Nase und fragt: **Was bewirkt soziale Arbeit für die Integration benachteiligter Menschen? Ist sie Teil der Lösung, oder gar Teil des Problems?**

Ausgangspunkt des AWO-Sozialberichts sind so aktuelle wie brennende Fragen:

- Wie kommt es, dass fast kein Bürger in einem Heim sterben will, aber so viele schwer pflegebedürftige Menschen in einem Heim sterben?
- Welche Strukturen sind dafür verantwortlich, dass wir viele Milliarden für Familienförderung ausgeben – aber schon mehr als 2 Millionen Kinder offiziell arm sind?
- Warum bleiben „bildungsferne“ Schichten bildungsfern und wieso verlassen jedes Jahr mehr als 70 000 Jugendliche die Schule ohne Abschluß?
- Warum gelingt es kaum, Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren?
- Was kann „Sozialstaats-Karrieren“ über Generationen hinweg verhindern und was können die AWO Einrichtungen und Dienste verbessern, damit benachteiligte Menschen selbstbewußt und selbständig am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft teilhaben können?

Analysen und Antworten gibt der AWO Sozialbericht in fünf Bereichen:

1. [Bildung und Erziehung](#)
2. [Arbeitsmarkt](#)
3. [Migration](#)
4. [Behindertenhilfe und Psychiatrie](#)

5. Altenhilfe

Bildung und Erziehung

„Der Zugang zu Bildung ist der entscheidende Hebel, um Chancengerechtigkeit zu verwirklichen. Doch unsere separaten und stark selektiv wirkenden Bildungseinrichtungen verstärken immer noch die soziale Benachteiligung von viel zu vielen Kindern und Jugendlichen“, stellt der Sozialbericht fest.

Seit Jahren kritisiert die AWO als sozialpolitischer Lobbyverband, dass unser Bildungssystem soziale Ausgrenzung produziert. Und damit hohe sozialpolitische Folgekosten. Doch immer noch bestimmt die soziale Herkunft ganz entscheidend den Bildungserfolg – und daran ändern auch alle flankierenden Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe viel zu wenig.

Insbesondere zeigt der Sozialbericht die Probleme am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf auf: Es gibt nicht unbedingt zu wenig Maßnahmen, allerdings sind sie schlecht abgestimmt und zu wenig verzahnt. **So stolpern zu viele Junge Erwachsene von einer Maßnahme in die nächste und bleiben doch hängen in einem Hilfesystem, das nicht wirklich hilft.**

Dagegen empfiehlt die AWO der Politik wie den eigenen Einrichtungen das Konzept „Lokales Übergangsmanagement“, in dem alle Akteure an einem Strang ziehen und der Staat seine Verantwortung übernimmt, arbeitsmarktfähige Jugendliche auszubilden. „Einer muss den Hut aufhaben – und das müssen die allgemeinbildenden Schulen sein“, betont der AWO Bundesvorsitzende.

Ausführlich stellt der Sozialbericht die Notwendigkeit frühkindlicher Bildung und Erziehung dar, die nun endlich von der Politik aufgegriffen wird, allerdings halbherzig und inkonsequent. Und chronisch unterfinanziert, was sich nicht zuletzt in der Ausbildung und Bezahlung der ErzieherInnen zeigt.

Die AWO beteiligt sich engagiert am geplanten Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren, für den bis 2013 rund 75 000 neue ErzieherInnen ausgebildet werden müssen. Für die besonderen Anforderungen an die Betreuung der Kleinsten bietet die AWO eine Zertifikatsreihe „Frühpädagogische Fachkräfte U3“ an. Schon lange arbeitet die AWO mit guten interkulturellen und integrativen Konzepten.

„Doch mit all diesen Maßnahmen versucht auch die AWO ein Bildungssystem zu reparieren, das fundamental falsch aufgestellt ist und mit seiner selektiven Wirkung und sozialen Ausgrenzung die Probleme überhaupt erst erzeugt, die wir dann mit viel Aufwand an Menschen und Material versuchen zu beheben“, kommentiert AWO Chef Brückers.

Politische Forderungen der AWO:

- Die AWO gehört dem „Bündnis Kindergrundsicherung“ an und fordert die Bundesregierung zu einem mutigen Systemwechsel in der Familienförderung auf: Chancengerechtigkeit durch eine Grundsicherung für alle Kinder! (www.kinderarmut-hat-folgen.de)
- Bildung darf nichts kosten! Der Staat muss sicherstellen, dass allen Kindern sämtliche Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung kostenfrei zur Verfügung stehen.
- Kein Jugendlicher darf die Schule ohne einen verwertbaren Abschluss verlassen. Dafür müssen die selektierenden Übergänge abgeschafft werden und es muss ein flächendeckendes Ganztagsangebot für zehn Jahre gemeinsamer Schule für alle Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Die Zusammenarbeit von Schulen und der Kinder- und Jugendhilfe muss zum Regelangebot werden.
- Frühkindliche Betreuungsangebote brauchen verbindliche Qualitätsstandards.
- Dies ist ein Jobmarkt der Zukunft. Die Arbeitsagenturen müssen neue Wege gehen in der Umschulung sowie der praxisbezogenen Qualifizierung für Quereinsteiger.

Arbeitsmarkt

Wenn die Re-Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt künftig nicht deutlich besser gelingt, hat das weitreichende Folgen: Die Altersarmut in Deutschland wird rapide wachsen. Und die skandalöse Armut der Kinder von Langzeitarbeitslosen wird auch der nächsten Generation Zukunftschancen verbauen. Denn die völlig unzureichenden Hartz IV Regelsätze für Kinder machen ihnen die Teilnahme am ganz normalen Leben ihrer Altersgenossen unmöglich: Ob im Sportverein oder in der Schule, bei Studienfahrten oder auf dem Dancefloor, von Chancengerechtigkeit kann keine Rede sein, im Gegenteil, die nächste Generation benachteiligter Kinder wird ausgegrenzt und abgehängt.

„Um Langzeitarbeitslose kümmern sich zig Institutionen. Doch viel zu viele sind nach zwei Jahren im Maßnahmenschungel immer noch ausgegrenzt und chancenlos“, stellt der AWO Chef fest. „Was geht da schief, was machen wir falsch?“ Arbeitslose von Schalter zu Schalter zu schicken nutzt wenig und kostet viel. „Arbeitslose brauchen „Hilfe aus einer Hand“, die Jobcenter/ARGEn müssen erhalten und verfassungskonform strukturiert werden“, betont Brückers. „Auf dieser Grundlage sind individuell passende Maßnahmen nötig – paßgenau für den Kunden, nicht paßgenaue Kunden für standardisierte Maßnahmen.“

Der Sozialbericht dokumentiert, dass die Abstimmung der Akteure und Maßnahmen für Menschen, die aufgrund ihrer besonderen Benachteiligungen nicht ohne Unterstützung arbeitsmarkttauglich sind, offensichtlich mangelhaft ist und das sogenannte „Case Mangagement“ noch nicht funktioniert, also die persönlichen Lebensumstände etwa von Alleinerziehenden nicht ausreichend mitgedacht werden, oder auch die häufig multiplen Probleme von Langzeitarbeitslosen, etwa Sucht oder Depressionen.

Der Sozialbericht setzt sich mit der Kritik an den sogenannten „Ein-Euro-Jobs“ auseinander. Er führt aus, wie dieses umstrittene Instrument zur Reintegration von Arbeitslosen besser genutzt werden kann. Die AWO hat sich dafür Selbstverpflichtungserklärungen gegeben.

Zudem analysiert der Sozialbericht das Diktat der demografischen Entwicklung, dass unsere Wirtschaft wie die Gesellschaft deutlich mehr Beschäftigung für Ältere braucht. „Die Arbeitsmarktintegration älterer Arbeitsloser sowie das Ziel, die Beschäftigten deutlich länger als bisher im Arbeitsmarkt zu halten, um Altersarmut zu vermeiden, ist eine besondere Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.“ Zudem muss unsere alternde Gesellschaft dringend den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sozialversicherungsrechtlich besser organisieren und absichern.

Diese Aufgaben nimmt die AWO selbstkritisch in den Blick: Die Beratungs- und Förderangebote für Ältere müssen deutlich ausgebaut werden. Und die AWO muss auch in ihrer Verantwortung als Arbeitgeber mit mehr als 145 000 hauptamtlichen Mitarbeitern durch die Schaffung alternsgerechter Arbeitsplätze beispielhaft vorangehen.

Politische Forderungen der AWO:

- Niedriglöhne bekämpfen – Mindestlöhne durchsetzen: Schon jetzt können weit mehr als eine Million Bürger von ihrer harten Arbeit nicht leben und brauchen Zuschüsse der Grundsicherung, um über die Runden zu kommen. Eine Trendumkehr ist zwingend nötig. Löhne müssen grundsätzlich armutsfest sein. Die AWO hat deshalb den Mindestlohn in der Pflege auf den Weg gebracht und fordert die neue Bundesregierung nachdrücklich auf, ihre Blockade gesetzlicher Mindestlöhne zu beenden.
- Keine Partei darf sich einem Kompromiß für eine verfassungsmäßige Regelung der ARGEn verweigern. Die Neuordnung muss sicherstellen, dass die Hilfeleistungen weiter aus einer Hand erbracht werden.
- Der Arbeitsmarkt braucht flexiblere Arbeitszeiten, etwa durch Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, um älteren Beschäftigten bessere Übergänge in den Ruhestand zu ermöglichen. Optionale Langzeitkonten können die Anerkennung von Bildungszeiten, Eltern- oder Pflegephasen verbessern.
- Mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters muss die Integration Älterer in den Arbeitsmarkt deutlich verbessert werden, andernfalls führt die Heraufsetzung zu inakzeptablen Rentenkürzungen und verstärkt massiv das Problem der Altersarmut.

Migration

Um den Blick zu öffnen, was sich ändern muss, damit unsere Einwanderungsgesellschaft mehr und bessere Integration erreicht, dreht der Sozialbericht eine gängige Behauptung um und macht klar: **Nicht die Migranten sind integrationsunwillig, sondern die Institutionen!**

Ein aktuelles Beispiel: **Gebt den Eltern statt eines bildungspolitisch katastrophalen Betreuungsgeldes einen Rechtsanspruch auf professionelle frühkindliche Betreuung und auch Migrantenfamilien werden ihn in Anspruch nehmen**

, so wie sie bereits den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nutzen.

Der Sozialbericht stellt fest: Für beide Seiten stellt sich die Frage des Integrationswillens und der Integrationsfähigkeit. Doch die Prämisse der bundesdeutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik war und ist die Einstellung, dass MigrantInnen nicht dazugehören und sich Zugehörigkeit erst verdienen müssen. Tatsächlich haben gerade die vormals angeworbenen ArbeitnehmerInnen einen bedeutenden Beitrag zum Aufbau der Bundesrepublik geleistet. Diese Leistung darf nicht nur Feierstunden anerkannt, sondern muss auch rechtlich gewürdigt werden. Deshalb fordert die AWO eine großzügige Regelung für die doppelte Staatsangehörigkeit dieser Einwanderungsspieler.

Zudem ist es integrationspolitischer Unsinn und gesellschaftspolitisch kontraproduktiv, die in Deutschland geborenen und ausgebildeten Kinder von Einwanderern als Erwachsene vor die „Optionspflicht“ zu stellen, entweder nur Deutsche zu werden, oder nur Ausländer zu bleiben.

Das herrschende Integrationsparadigma resultiert auch daraus, dass MigrantInnen nicht danach gefragt werden, was denn ihre Bedürfnisse und Wünsche für eine gelingende Lebensgestaltung sind.

In MigrantInnenfragen, MigrantInnen fragen! Das ist das Leitmotiv für eine Neuausrichtung der Migrationssozialarbeit der AWO. Konkret: Die erste Migrantengeneration wird älter und kränker, doch in den Beratungs- und Pflegeeinrichtungen sind sie deutlich unterproportional zum Bevölkerungsanteil vertreten. So hat die AWO schon im Jahr 2000 ein Konzept zur interkulturellen Öffnung ihrer Angebote beschlossen, das als wegweisend gilt.

Doch im Unterschied zu den Dienstleistungen ist das AWO-Vereinsleben immer noch weitgehend monokulturell. So hat die AWO einen Nachholbedarf, nicht nur für sondern mit MigrantInnen zu arbeiten und sie auch in die vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten des Verbandes einzubeziehen.

Politische Forderungen der AWO:

- Anerkennung der Integrationsleistung durch eine großzügige doppelte Staatsangehörigkeit
- Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder
- Anerkennung beruflicher Qualifikationen: Die gültigen Regeln zur Anerkennung der Ausbildung von MigrantInnen führen zur Verschwendung ihrer beruflichen Fertigkeiten und vielfältigen Ressourcen.
- Nicht die MigrantInnen sind integrationsunwillig, die Institutionen sind integrationsunfähig: Die Lage im Bildungsbereich und am Arbeitsmarkt sind nicht länger als Resultat mangelnder Integrationswilligkeit zu verstehen, vielmehr muss die Integrationsfähigkeit der Institutionen gestärkt werden.

Behindertenhilfe und Psychiatrie

Wenn alle die Integration behinderter Menschen bejahen und fördern wollen, warum sind dann so wenige wirklich im Arbeitsmarkt integriert?

Der Sozialbericht zeigt, dass spätestens mit dem 10. Lebensjahr die Integration behinderter Menschen aufhört. In vielen Bundesländern gibt es integrative Kindergärten und sogar einige integrative Grundschulen. Doch spätestens bei der Hauptschule gibt es keine integrativen Ansätze mehr, sondern nur noch „Sonderschulen“.

Die Reformbemühungen für das Leben von Menschen mit Behinderungen haben Leitideen hervorgebracht und einen grundlegenden Wandel eingeleitet, der als Paradigmenwechsel bezeichnet werden kann: **Von der Fürsorge zur Selbstbestimmung und Teilhabe.** Sie sind eine klare Absage an große Einrichtungen und Heime, die nicht den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen.

Insbesondere die Leitidee der „Inklusion“ kann und muss dabei zu einem Perspektivwechsel für die Angebote der Behindertenhilfe und Psychiatrie führen. Künftig müssen sie nicht für Menschen mit Behinderungen, sondern mit ihnen geplant und gestaltet werden. Inklusion ist ein flexibles, auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnittenes Unterstützungs- und Hilfeangebot, das behinderten und psychisch kranken Menschen ein „normales“ Leben in unserer Mitte, der Gemeinde ermöglichen soll.

So muss auch die AWO ihr Dienstleistungsangebot umsteuern und etwa Wohngruppen in Ortszentren und Arbeitsplatznähe mit flexibler Unterstützung ausbauen.

Politische Forderungen der AWO:

- Menschen mit Behinderung brauchen ein eigenes Leistungsgesetz unabhängig von Sozialhilfekriterien
- Eingliederungshilfe ist für jedes Lebensalter notwendig sowie die Klärung des Zusammenspiels von Eingliederungshilfe, Krankenversicherung und Pflege
- Ein „Bündnis für Arbeit und Beschäftigung behinderter Menschen“ muss geschaffen werden

Altenhilfe

Praktisch alle alten Menschen wollen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld leben – doch die Umsetzung des Ziels „ambulant vor stationär“ ist mangelhaft. **Der Sozialbericht zeigt, dass die geltenden Finanzierungsstrukturen dem Vorrang der ambulanten und häuslichen Pflege, der von den Menschen gewünscht wird und der auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist, im Wege stehen.**

Dabei steht unsere alternde Gesellschaft vor enormen Aufgaben. Die Sozialversicherungssysteme

müssen vor dem Kollaps bewahrt werden. Nötig sind gesellschaftspolitische Konzepte, wie angesichts der immer prekärer werdenden Arbeitsverhältnisse und den damit immer unsicherer werdenen Einkommen die Armut im Alter verhindert werden kann.

Insbesondere die stark zunehmende Zahl der Demenzerkrankten erfordert einen Strukturwandel der Pflege, sowohl bei der ambulanten Unterstützung pflegender Angehöriger als auch bei den Konzepten - und der Vergütung! – der Pflege im Heim und in betreuten Wohngruppen.

Schon jetzt gibt es einen akuten Mangel an Fachkräften und der Bedarf an Pflegepersonal wird stark steigen – deshalb muss der Beruf insbesondere für junge Menschen attraktiver gemacht werden. Auch deshalb setzt sich die AWO für den Mindestlohn in der Pflege ein.

Die AWO steht für qualitativ hochwertige Dienstleistungsangebote, nicht für eine Low-Level-Pflege. Die mehr als 2100 AWO Pflege-Einrichtungen und Dienste werden weiter mit Hochdruck an differenzierten Angeboten der stationären und ambulanten Altenhilfe arbeiten – doch dafür braucht es dringend einen entsprechenden gesellschaftspolitischen Rahmen.

Politische Forderungen der AWO:

- Aufbau einer Bürgerversicherung in die alle Einkommensgruppen einbezahlen – nicht etwa durch eine unsinnige „Kopfpauschale“
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Pflege
- Die Bundesländer müssen die Förderung von Investitionen in pflegerische Dienstleistungen wieder aufnehmen, damit der Rückgang des Aufbaus neuer Wohnformen und die Modernisierung älterer Wohn- und Pflegeheime auch in Folge der Nicht-Dynamisierung der Leistungsbeträge gestoppt wird
- Die Rahmenbedingungen für mehr ambulante Pflegeangebote müssen dringend verbessert werden
- Die Umsetzung der Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs muss die Beiratsvorschläge aufgreifen, insbesondere für eine bessere Versorgung Demenzerkrankter.